

**Beschlussempfehlung und Bericht  
des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)**

**zu der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten  
– Drucksache 17/4400 –**

**Jahresbericht 2010 (52. Bericht)**

**A. Problem**

Der Wehrbeauftragte hat dem Deutschen Bundestag jährlich aufgrund von § 2 Absatz 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zu berichten. In Erfüllung dieser Verpflichtung hat der Wehrbeauftragte dem Deutschen Bundestag seinen Jahresbericht für das Jahr 2010 am 25. Januar 2011 vorgelegt.

**B. Lösung**

**Einstimmige Annahme einer Entschließung.**

**C. Alternativen**

Keine.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung auf Drucksache 17/4400 folgende EntschlieÙung anzunehmen:

- „1. Die in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen werden – soweit sie nicht bereits erledigt sind – der Bundesregierung zur Prüfung, Erwägung und Beachtung zur Kenntnis gebracht. Die Bundesregierung wird ferner gebeten, den Jahresbericht des Wehrbeauftragten, die Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung dazu und die Ergebnisse der Beratung des Deutschen Bundestages der Truppe zugänglich zu machen.
2. Der Deutsche Bundestag dankt dem Wehrbeauftragten und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit im Berichtsjahr.
3. Die Bundesregierung wird gebeten, bis zum 7. Oktober 2011 dem Verteidigungsausschuss über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen zu berichten.“

Berlin, den 8. Juni 2011

### Der Verteidigungsausschuss

**Dr. h. c. Susanne Kastner**  
Vorsitzende

**Anita Schäfer (Saalstadt)**  
Berichterstatterin

**Karin Evers-Meyer**  
Berichterstatterin

**Christoph Schnurr**  
Berichterstatter

**Paul Schäfer (Köln)**  
Berichterstatter

**Omid Nouripour**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Anita Schäfer (Saalstadt), Karin Evers-Meyer, Christoph Schnurr, Paul Schäfer (Köln) und Omid Nouripour

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten auf **Drucksache 17/4400** in seiner 93. Sitzung am 24. Februar 2011 beraten und gemäß § 114 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags an den Verteidigungsausschuss überwiesen.

### II. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Jahresbericht unter Einbeziehung der Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung vom 25. Mai 2011 in seiner 92. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten. Im Ergebnis empfiehlt er einstimmig, in Kenntnis der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten die in der Beschlussempfehlung wiedergegebene Entschließung anzunehmen.

Im Verlauf der Ausschussberatung dankten alle Fraktionen dem Wehrbeauftragten und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob hervor, bei den wiederkehrenden Schwerpunkten im Jahresbericht gebe es neben Schatten inzwischen mehr Licht. Die Frage der Attraktivität des Dienstes, zu der auch die Vereinbarkeit von Familie und Dienst gehöre, sei auch mit Blick auf die Nachwuchswerbung wichtig. Vor dem Hintergrund des inzwischen vorliegenden Maßnahmenkatalogs sei man hier zuversichtlich. Was den Personalmangel im Sanitätsdienst angehe, so sei der negative Trend inzwischen gestoppt, und es gebe sogar teilweise eine positive Entwicklung. Für die Auslandseinsätze gebe es laufend eine bessere Ausrüstung und Ausstattung, auch wenn selbst der beste Schutz die Risiken nicht vollständig eliminieren könne. Deshalb hätten auch die Aufklärung und die Beschaffungen im Bereich der Route Clearance weiter Priorität. Es gehöre allerdings nicht zu den Aufgaben des Wehrbeauftragten, die Auswirkungen der Flugstundenbegrenzung auf die Solidarität der USA zu bewerten.

Die **Fraktion der SPD** begrüßte die detaillierte Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung zu den in dem

Bericht aufgelisteten Mängeln. Es könne jedoch bei einzelnen Antworten der Eindruck entstehen, dass sich die Verwaltung hier eher auf den Status quo konzentriere als auf das Abstellen von Problemen. Dies gelte z. B. für die Vereinbarkeit von Familie und Dienst, wo auf die kommunale Zuständigkeit verwiesen werde, obwohl Soldatinnen und Soldaten z. B. besondere Arbeitszeiten hätten, oder die Datenschutzbedenken bei der gemeinsamen Erfassung von Soldatenpaaren. Immerhin seien im Bereich des Sanitätsdienstes inzwischen die Weichen richtig gestellt worden.

Die **Fraktion der FDP** lobte die frühzeitige Vorlage des Jahresberichts. Im Sanitätsdienst sei man zwar auf einem guten Weg, aber die Situation dort bedürfe weiter besonderer Aufmerksamkeit. Da die Betreuung der Familien von Soldaten im Einsatz sowie die Kinderbetreuung auch für die Attraktivität des Dienstes wichtig sind, müsse der Ausschuss auf der Basis eines aktuellen Sachstands weiter darüber beraten. Zur Entlastung der Soldaten und ihrer Familien seien im Übrigen auch die Betreuungsmöglichkeiten von Bedeutung. Bei der Ausrüstung sei die Entwicklung zwar positiv, aber es gebe auch noch Potenzial.

Die **Fraktion DIE LINKE** stellte fest, der Wehrbeauftragte weiche u. a. mit Zwischenberichten positiv von ritualisierten Arbeitsformen ab. Es sei richtig, mit Blick auf die Auslandseinsätze PTBS in den Vordergrund zu stellen. Allerdings habe sich der Schwerpunkt des Jahresberichts zu Ausrüstungsfragen verlagert, während die traditionellen Aspekte der Inneren Führung im Bericht sehr kurz kämen. Die Wahrnehmung von Beteiligungsrechten sei aber z. B. ebenso eine wichtige Frage wie die Gleichstellung von Frauen und Männern.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, es sei richtig, einen Schwerpunkt auf die Ausrüstung, der Sanität und der Vereinbarkeit von Familie und Dienst zu legen. So werde z. B. die Teilzeitarbeit in der Bundeswehr schlecht angenommen und bei Frauen in Führungspositionen gebe es noch großen Nachholbedarf. Es stelle sich aber auch die Frage nach den Überlegungen zur Personalknappheit im Einsatz, die nicht zu noch mehr Einsatzbelastung führen dürfe.

Berlin, den 8. Juni 2011

**Anita Schäfer (Saalstadt)**  
Berichterstatlerin

**Karin Evers-Meyer**  
Berichterstatlerin

**Christoph Schnurr**  
Berichterstatter

**Paul Schäfer (Köln)**  
Berichterstatter

**Omid Nouripour**  
Berichterstatter

